



Protokollauszug zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 14.03.2024, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Kläranlage Eglosheim - Neubau 4.
Reinigungsstufe
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** begrüßt die Anwesenden zur Sitzung. Er teilt mit, Tagesordnungspunkt 6 „Sanierung Frankfurter Straße B27“ werde von der heutigen Tagesordnung abgesetzt. Es bestehe die Aussicht, dass die Maßnahme mit dem Regierungspräsidium gemeinsam durchgeführt werden könne. Dies habe den Vorteil, dass geringere Kosten bei der Stadt anfallen. Allerdings könne die Maßnahme nicht mehr in diesem Jahr erfolgen. Zur gegebenen Zeit werde es daher eine neue Vorlage geben.

Anschließend eröffnet BM **Mannl** die Sitzung und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) erläutert die **Leiterin** des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen den Sachstand zum Neubau der 4. Reinigungsstufe der Kläranlage Eglosheim samt Kostenentwicklung. Man werde pro Quartal über die Entwicklung berichten.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Bauer** geht auf die Belastung durch Arzneimittel, Mikroplastik und Pestizide ein und sieht die Maßnahme als sinnvoll an, dennoch sollten die Stoffe erst gar nicht in die Gewässer gelangen. Er fragt, wie sich die Kosten in den Abwassergebühren niederschlagen werden. Die Eglosheimer Kläranlage sei die Quelle des Gründelbachs. Weiter fragt er nach der Umsetzung in den weiteren Anlagen im Stadtgebiet. Er wünscht nähere Information zum Cross-Border-Leasing.

Stadträtin **Seyfang** dankt für die regelmäßige Berichterstattung.

Stadtrat **Raasch** geht auf die Möglichkeit der Abwasserwärmerückgewinnung und Photovoltaik auf dieser Anlage ein. Er fragt, ob der eingesparte Betrag dafür genutzt werden könne.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** geht auf die gebührenrelevanten Kosten ein und fragt, wie diese umgelegt werden.

Stadträtin **Knecht** geht ebenso auf die Reinvestition der eingesparten Mittel ein und wünscht hierzu einen Amortisationsplan. Einer Photovoltaikanlage stehe sie positiv gegenüber.

Stadtrat **Müller** freut sich ebenso, dass die erwarteten Ausgaben nicht überschritten werden. Er fragt nach dem Sinn einer beschränkten Ausschreibung.

Die **Leiterin** des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen geht auf die offenen Fragen ein. Bestenfalls sollten die Stoffe nicht in die Gewässer gelangen. Für den Gründelbach hatte man vom Landratsamt die Auflage zur Umsetzung der vierten Reinigungsstufe. Man befinde sich im investiven Bereich, die Gebühren werden nicht direkt an den Gebührenzahler weitergegeben. Die Themen Photovoltaik und Energiegewinnung habe man bei allen Projekten im Blick. Zur Abwasserwärmerückgewinnung stehe man für das gesamte Stadtgebiet mit den Stadtwerken in Abstimmung. Bei einer beschränkten Ausschreibung könne man direkt auf den Bieterkreis zugehen und habe eine bessere Verhandlungsbasis. Die Anlage Poppenweiler sei als Nächstes vorgesehen.

Cross-Border-Leasing sei bereits abgehandelt und im Wirtschaftsausschuss beraten worden, merkt BM **Mannl** an und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 2

Umrüstung der Geldkartenfunktion auf EC-Kartenfunktion an den Parkscheinautomaten in der Oststadt
- Vergabebeschluss

Vorl.Nr. 038/24

Beschluss:

Vertagt

Abstimmungsergebnis:

Es findet keine Abstimmung statt.

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** führt in das Thema ein. Er merkt an, dass man rechtlich weiterhin Automaten vor Ort anbieten müsse.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die Vorlage ein. Sie teilt mit, dass die Leerung der Parkscheinautomaten sehr aufwendig sei.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache.

Die Bezahlung mit Münzgeld werde noch immer stark angenommen, meint Stadträtin **Dr. Knoß**. Sie könne sich vorstellen, nur die Hälfte der Automaten umzurüsten, so könnten Kosten eingespart werden.

Auch Stadtrat **Klotz** findet die Kosten hoch, spricht sich dennoch für eine Umrüstung aus. Er fragt, ob die Automaten mit einer Bargeld- Wechselfunktion ausgestattet seien. Zudem regt er an, das Monatsticket digital zu lösen.

Stadtrat **Raasch** äußert sich kritisch. Der eingerechnete Betrag für Unvorhergesehenes könne er nicht nachvollziehen. Bei der Berechnung der Deckung fehlen 100.000 Euro, merkt er an. Er geht in der Vorlage auf die positive Klimaauswirkung ein und bittet künftiger um einen seriöseren Umgang damit. Er geht auf die Kosten für ein Monatsticket ein und merkt an, dass man für das Parkhaus beim Landratsamt 70 Euro im Monat bezahle.

Auch Stadtrat **Maier** geht auf die hohen Kosten ein und fragt nach dem Amortisationszeitraum. Zudem interessieren ihn die jährlichen Einnahmen aus den Parkscheinautomaten in der Oststadt. Auch im weiteren Stadtgebiet gebe es noch Automaten, die nicht umgerüstet seien. Das Monatsticket könne problemlos über die Pay by Phone App gekauft werden. Momentan könne seine Fraktion aufgrund der hohen Kosten nicht mitgehen.

Die Menschen müssen zahlen können, meint Stadträtin **Knecht**. Entweder bar durch Automaten mit einer Wechselfunktion, oder über eine entsprechende App mit Steuerfunktion der Zeitdauer. Die Kosten für die Umrüstung seien enorm hoch. Sie bittet um Prüfung weiterer Möglichkeiten.

Die Bezahlung mit Bargeld sei weiterhin wichtig, sagt Stadtrat **Müller**. Vor allem ältere Menschen seien sonst ausgegrenzt. Er fragt, ob nur ein Teil ausgetauscht werde und ob diese Umrüstung nur für die Ludwigsburger Automaten kompatibel sei.

BM **Mannl** geht auf den Wandel der Technikgeneration ein. Die Automaten seien mit den Kreditinstituten durch eine Internetverbindung verknüpft. Der Markt für Parkscheinautomatenhersteller in Deutschland sei überschaubar.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die offenen Fragen ein. Es gebe auch noch Automaten, in entsprechenden Zonen für Kurzzeitparken, ohne die Möglichkeit eines Monatstickets. Hier fließen nicht so viele Münzen. Der Pufferspeicher für die Münzen sei bei Bezahlung eines Monatstickets mit Kleingeld schnell voll. Handlungsbedarf für die Umrüstung bestehe deshalb in Bereichen mit der Möglichkeit eines Monatstickets. Im Zeitalter der Digitalisierung sei die Umstellung notwendig. Die vorgestellte Maßnahme sei die sinnvollste Variante. Die positive Klimaauswirkung begründe sich im Geldtransportverkehr. Man erhalte durch den Wegfall der Automatenleerung eine positivere Bilanz.

Nach dieser Aussprache stellt BM **Mannl** fest, dass noch zu viele Fragen offen seien. Die Kosten erscheinen dem Gremium hoch. Die Anregung zur Reduzierung der umzurüstenden Automatenanzahl werde mitgenommen. Der Tagessatz betrage 5 Euro, der Monatsbeitrag koste 40 Euro. Von einer Abstimmung werde heute abgesehen. Die Verwaltung kläre die heute offen gebliebenen Fragen. Man komme mit dem Thema erneut in das Gremium.

Beschluss:

vertagt

Abstimmungsergebnis:

Es findet keine Abstimmung statt.

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** führt in das Thema ein.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache. Er weist auf den schlechten Zustand der Straße hin. Man könne durch die Förderung die Kosten für den Rad- und Fußverkehr deutlich reduzieren.

Die Notwendigkeit bestehe seit vielen Jahren, meint Stadträtin **Dr. Knoß**. Die Einbahnstraße werde für eine Verkehrsverminderung sorgen. Der Entwurf sei bei den Anwohnenden gut angekommen. Dennoch bestehe der Wunsch auf Ersatzparkplätze und E-Ladesäulen. Letzteres sei erfüllt worden. Die Parkmöglichkeit an der Schule sei nicht attraktiv. Sie beantragt die Zufahrten vor den Häusern unter den Bäumen breit genug zu machen, so dass wie bisher zwei Autos parken können. Auch an der Albrechtstraße gebe es bereits Senkrechtparkflächen. Sie erinnert an die Lücke im Radwegenetz, die Notwendigkeit der Maßnahme sei gegeben. Ansonsten werde Sie der Vorlage zustimmen. Die bisherigen Planungen haben bereits Kosten verursacht, gibt sie zu bedenken. Zu den Anwohnenden der fünf Häusern solle persönlich Kontakt aufgenommen werden, um die Frage der Anfahrt zu klären. Auch die Maßnahme der Stadtentwässerung müsse beachtet werden.

Der Zustand der Straße sei schlecht, sagt auch Stadträtin **Seyfang**. Dennoch seien die Kosten enorm hoch, trotz der Förderungen. Die Reduzierung der Parkplätze werde kritisch gesehen und die Parkmöglichkeit in der Tiefgarage der Schule sei nicht attraktiv. Die Häuserzufahrten seien in der Präsentation schlecht erkennbar. Zum U-Turn wünscht sie mehr Information, auch zu einer möglichen Rückstauproblematik. Der Verdrängungsverkehr werde in die Hohenzollernstraße verlagert, welche durch die Sperrung der Elmar-Doch-Brücke sowieso schon mehrbelastet sei. Sie fragt, ob eine offizielle Fahrradstraße geplant sei. Ihre Fraktion werde die Planung ablehnen, vor allem aus Kostengründen.

Stadtrat **Zeltwanger** wünscht belegbare Zahlen zur Belastung der angrenzenden Straßen. Der Mehrwert für die geplante Entwässerung der Straße sei eher gering. Die Idee der Mehrfachnutzung der Parkfläche an der Schule mit einem niederschweligen und preislich attraktiven Angebot werde begrüßt. Er befürchtet Rückstau hinsichtlich des U-Turns und regt die Wende an der Ampel an der Stuttgarter Straße an. Der

Mehrwert gegenüber der jetzigen Situation sei minimal und die Kosten zu hoch. Er weist darauf hin, dass an der Albrechtstraße eine Senkrechtparkierung möglich sei. Nach der Straßenverkehrsordnung sei bei Zone 30 kein Radweg zulässig, merkt er an. Die Maßnahme solle aufgrund der aktuellen Haushaltslage geschoben werden, auch wenn die Planung gut sei. Seine Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** spricht von einem tollen Projekt. Zwiespalten stehe seine Fraktion dem Projekt gegenüber. Er erinnert an einen alten Antrag seiner Fraktion zur Aufstellfläche an der Kreuzung zur B27 und Anbindung an eine Zufahrt für den Radverkehr. Die Kosten seien enorm hoch. Er hoffe auf einen hohen Landeszuschuss für den Rad- und Gehweg. Das Konzept sei gut. Aufgrund des Straßenquerschnitts sei die Einbahnstraßenregelung die einzige Möglichkeit, auch die gewählte Richtung sei gut. Ebenso kritisch sehe er den geplanten U-Turn und wünscht hierzu mehr Information. Zudem müsse die Ampelschaltung an der Kreuzung Friedrichstraße angepasst werden. Er fragt, ob den Anwohnenden der Ostseite der Richard-Wagner-Straße, deren Häuser von Süden kommend nicht gut erreichbar seien, ein kleiner Umweg zugemutet werden könne. Auch er geht auf die Parkflächen ein. Ein umfangreiches Verkehrskonzept empfehle er bei diesem kleinteiligen Projekt nicht.

Verkehrsberuhigung sei grundsätzlich gut, so Stadträtin **Knecht**, jedoch müsse der Ausweichverkehr beachtet werden. Aufgrund der Kostenhöhe könne ihre Fraktion momentan nicht zustimmen. Fördermittel seien Steuergelder, merkt sie an. Sie geht auf die Parkplatzsituation ein. Es gebe kaum Parkstände auf privater Fläche. Die Parkplätze an Carl-Schäfer-Schule seien kein adäquater Ersatz. Die Ladestation werde positiv gesehen. Die Breite der Gehwege auf der Nordseite können wie jetzt belassen werden. Sie regt dafür eine Entsiegelung mit einem Grünstreifen an. Der U-Turn werde nicht nur wegen des Rückstaus kritisch gesehen und werde mehr Verkehr anziehen. Sie wünscht mehr Information zu den betroffenen Gebäuden und zur Höhe der möglichen Fördersumme. Die Parkstände auf der Rechtsabbiegespur, von der Keplerbrücke kommend, sorgen bereits jetzt täglich für Chaos. Diese Situation müsse überdacht werden. In die Planung sollen bis zur Gemeinderatssitzung die Parkstände eingearbeitet werden, auch das Parken unter den Bäumen.

Stadtrat **Müller** begrüßt die Planungen für diese wichtige Radverkehrsachse. Ein großer Anteil an Parkplätzen falle weg, dies sehe er ebenso kritisch. Er stellt die Notwendigkeit des U-Turns in Frage, da die Anzahl der betroffenen Häuser klein sei und der Aufwand im Verkehrsablauf sehr hoch. Er fragt nach dem bisherigen Anfahrtsweg.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht auf die Bündelung der Maßnahmen ein. Man habe die notwendige Straßensanierung gebündelt mit einer Verlegung der Fernwärme, einer Einrichtung eines Staukanals und Erneuerung der Straßenbeleuchtung. Zudem könne der Radweg und die Verbreiterung des Fußweges gefördert werden.

Eine weitere **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht auf die Parkzeiten der Tiefgarage ein. Man habe eine Parkraumerhebung gemacht und es konnte kein Parkraumangel erkannt werden, obwohl zu dieser Zeit eine Baustelleneinrichtung einen großen Bereich im öffentlichen Raum eingenommen habe. Der Parkdruck sei nicht hoch und Parkmöglichkeiten fußläufig abbildbar. Die Parkfläche in der Schultiefgarage sei ein zusätzliches Angebot. Die Parkfläche zwischen den Bäumen könne nicht in die Stellplatzberechnung aufgenommen

werden, da dies keine öffentlichen Stellplätze seien. Künftig wolle man zudem die Bäume besser schützen und baulich einfassen. Der Sicherheitsauditor empfehle ein Senkrechtparken in unmittelbarer Nähe zum Radweg nicht, vor allem keine zwei parkenden Autos aufgrund der Sichtverhältnisse. Die privaten Zufahrtsmöglichkeiten wurden geprüft und seien weiterhin möglich. Der U-Turn sei ein Vorschlag der Verkehrstechnik. Der Knoten Friedrichstraße werde angepasst. Die Leistungsfähigkeit der B 27 solle erhalten bleiben. Die Straße werde mit Tempo 30, nicht als Fahrradstraße, geplant. Weiter geht sie auf den aufgeweiteten Radaufstellstreifen ein. Die rote Markierung sei bereits heute gegeben. Die vorhandenen Bäume seien teilweise nicht mehr vital und werden im Zuge der Maßnahme ersetzt. Grünbeete werden vergrößert und ermöglichen zusätzliche Baumpflanzungen. Ein feinmaschiges Verkehrsmodell hinsichtlich der Verlagerung aufgrund der Einbahnstraße liege nicht vor. Eine Mehrbelastung werde es im Bereich Friedrichstraße, ab Hohenzollernstraße, geben. Die Parksituation in diesem Bereich werde verwaltungsintern diskutiert. Die aktuelle Straßensituation habe ein großes Quergefälle, dies versuche man künftig zu verringern. Eine Markierung eines Radschutzstreifens sei straßenverkehrsrechtlich bei Tempo 30 nicht möglich und nicht förderfähig. Eine bauliche Anlage sei deshalb notwendig, um Fördermittel zu erhalten. Der Gehweg habe bereits heute eine Breite von 2,50 Metern, ausgenommen im Bereich zur B 27. Weiter geht sie auf die fünf Häuser, die ausschließlich über den U-Turn zu erreichen seien, ein. Die Option der Zufahrt, vor allem aufgrund einer Arztpraxis, müsse sichergestellt werden. Mögliche Kurzzeitparkplätze werden derzeit geprüft. Auf der Nordseite könne geparkt werden.

BM **Mannl** geht auf die Wirtschaftlichkeit, Synergien und Fördermöglichkeiten ein.

Stadtrat **Klotz** geht auf die Verkehrsverlagerung und die massiven Auswirkungen ein. Beim U-Turn regt er die Anbringung eines Anliegerschildes ein. Er plädiert dafür, heute nicht abzustimmen.

Stadträtin **Dr. Knoß** weist auf die Notwendigkeit der Umbaumaßnahme hin. Es handle sich um eine Lücke im Radwegnetz, außerdem handle es sich auch um eine Maßnahme der Stadtentwässerung. Man könne nicht planen lassen und dann nicht abstimmen. Eine Klärung der offenen Fragen und eine Abstimmung im Gemeinderat hält sie für möglich.

Stadtrat **Dr. O´Sullivan** ergänzt, an den Verkehrsströmen ändere sich großflächig nichts.

Aus dem Zuhörerbereich meldet sich ein **Anwohner** zu Wort, der auf die Mehrbelastung mit Verkehr in den anderen angrenzenden Straßen hinweist. Es handle sich aus seiner Sicht um eine „Verkehrsfalle“.

Die Situation an der Friedrichstraße werde untersucht, wie auch der Knotenpunkt Hohenzollernstraße/ Friedrichstraße, so BM **Mannl**. Er gehe davon aus, dass es in der Friedrichstraße künftig mehr Verkehr gebe. Die Ampelschaltung an der Einmündung auf die B27 müsse mehr Grünzeit erhalten, um einen Rückstau zu verhindern. Man müsse in der Verkehrsplanung Prioritäten setzen und den Radverkehr und den Autoverkehr trennen. In der Robert-Franck-Allee könne der Rad- und Autoverkehr aufgrund der Breite parallel geführt werden. Dies sei in der Richard-Wagner-Straße nicht möglich. Man versuche das die maximale Anzahl an Parkplätzen zu halten. Bis zur Gemeinderatssitzung werden die Kosten der Maßnahmenträger und die Landesförderung aufgeschlüsselt.

Die Umwege werden nicht die ganze Südstadt betreffen, so eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität. Mit Fertigstellung der Richard-Wagner-Straße werde auch der Zubringer zum Autokino befahrbar sein. Durch die aktuelle Baustellensituation könne die Verlagerung des Verkehrs nicht abgeschätzt werden. Ein Senkrechtparken lasse die Forderung des Sicherheitsaudits nicht zu.

Stadtrat **Raasch** bittet im Zuge dieser Maßnahme um Verlegung von Fernwärme für die Oststadt.

Dies werde bereits mitgedacht, antwortet BM **Mannl**.

Nach dieser Aussprache teilt BM **Mannl** mit, dass die Entscheidung vertagt werde. Die heute im Rahmen der Aussprache aufgeworfenen Fragen werden bis zur kommenden Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses aufgearbeitet, wie auch die Prüfung der Fördervoraussetzungen. Es werde eine neue Vorlage ausgearbeitet.

TOP 4

"Wohnpark Fuchshof" - Grüne Fuge Nord
- Vergabe von Planungsleistungen

Vorl.Nr. 014/24

Beschluss:

Das Büro Köber Landschaftsarchitektur, Azenbergstraße 31, 70174 Stuttgart wird mit den weiteren Planungsleistungen der Leistungsphasen 5-9 auf Basis des Angebotes vom 31.01.2024 beauftragt.

Das Gesamthonorar beträgt 212.000,00 € inkl. 19% gesetzl. MwSt. und ca. 10 % Unvorhergesehenem.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** verweist auf die Vorlage Nr. 014/24.

Die **Leiterin** des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen erläutert den Sachverhalt und geht auf die Vorlage ein.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Clausen** dankt für die schöne Planung. Die Nutzung vorhandener Strukturen werde begrüßt. Sie fragt, ob Angebote für Kleinkinder berücksichtigt seien und ob der Weg zwischen Nr. 44 und Nr. 52 auch mit dem Rad genutzt werden

könne. Zudem fragt sie nach konkreten Vorschlägen zur Art der Bäume. Bei der Blühwiese hinter dem Staatsarchiv werde der ökologische Nutzen in Frage gestellt, es sollten deshalb auch heimische Gräser gepflanzt und hier beachtet werden. Sie fragt nach dem Gesamtkonzept Grün in der Stadt. Sie wünscht mehr Information zum geplanten Zauneidechsenhabitat und fragt, ob dort bereits Tiere angesiedelt seien. Sie gibt zu bedenken, dass die Population nicht isoliert sein solle.

Stadtrat **Klotz** wünscht einen Honorarvergleich. Das Honorar werde mit 15% bewertet, dies erscheine ihm zu gering. Er fragt nach der Terminplanung und will wissen, ob die Planungen aktuell notwendig seien. Er gehe davon aus, dass sich die Aufsiedlung zeitlich verschieben werde. Seine Fraktion wolle aus finanziellen Gründen den Auftrag gerne um ein Jahr schieben.

Im Vergleich zu anderen Projekten seien die Planungskosten vergleichsweise günstig, führt Stadtrat **Raasch** aus.

Stadtrat **Maier** fragt nach der Zeitschiene der Umsetzung und will die Höhe der Gesamtprojektkosten wissen. Er geht auf die aktuelle Haushaltslage ein. Erste Planungsschritte seien bereits gemacht und Ressourcen gebunden. Die Planung sei schön. Dennoch seien die Kosten sehr hoch.

Stadträtin **Knecht** lobt die bisherigen Planungen durch den Fachbereich und fragt, ob eine Vergabe überhaupt sein müsse oder Planung nicht selbst übernommen werden könne. Sie wünscht mehr Information zur Umsiedlung der Eidechsen.

Die **Leiterin** des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen geht auf die offenen Fragen ein. Sie freue sich über die Wertschätzung aus dem Gremium. Leistungsphase 1 bis 4 sei im Hause ausgearbeitet worden. Aufgrund der umfangreichen Maßnahme werde man die weiteren Planungen vergeben. Die Aufgabe würde die Ressourcen in der Stadtverwaltung überschreiten. Die Mittel seien im Haushalt finanziert. Man befinde sich in der aktiven Phase und sie empfehle keine zeitliche Verschiebung. Eidechsen seien schon heute vor Ort. Man habe bereits artenschutzrechtliche Maßnahmen vorgenommen. Mit Hilfe eines Monitorings könne die Annahme beobachtet werden. Man achte auf klimaresilienten Bewuchs und zukunftsfähige, möglichst autarke Gestaltung. Regenwasserrückgewinnung werde ebenso mitgedacht. Die Honorarkosten liegen im Mittelsatz.

Im Prinzip sei die Maßnahme bereits genehmigt, so BM **Mannl**. Das Angebot sei solide. Die Maßnahme sei im Haushalt bereits eingeplant und die Mittel stehen zur Verfügung. Der Fuchshof als zukünftiges Wohngebiet stehe fest und dies seien die zwingend zu erfüllenden Maßnahmen hierzu.

Stadtrat **Zeltwanger** fragt nach den Bauanträgen und der Fertigstellung der umliegenden Gebäude. Er regt eine Stückelung an. Sofern über die Bebauung mit 30% Klarheit bestehe, könne der nächste Schritt gemacht werden.

BM **Mannl** nimmt die Frage zu den vorliegenden Bauanträgen mit.

Das Gesamtpaket beinhalte die weiteren Leistungsphasen, so die **Leiterin** des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen. Die Planung sei schüchtern gehalten, jedoch sei die Fläche groß. Die artenschutzrechtlichen Maßnahmen müssten umgesetzt werden.

Nach dieser Aussprache lässt BM **Manni** über die Vorlage 014/24 Beschluss fassen. Er sagt zu, dass die jeweiligen Leistungsphasen einzeln, je nach Baufortschritt, aufgerufen werden.

TOP 5

Sanierung Goethestraße/Goetheplatz
- Bau- und Vergabebeschluss

Vorl.Nr. 039/24

Baubeschluss:

Die erforderlichen Tief- und Straßenbauarbeiten für die Sanierung des Goetheplatzes / der Goethestraße werden entsprechend den Plänen des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen vorgenommen.

Die Gesamtkosten in Höhe von **515.000,00 €** werden genehmigt.

Vergabebeschluss:

Lutz Krieg Straßen und Tiefbau GmbH aus Möglingen erhält auf der Grundlage des Angebotes vom 06.02.2024 den Auftrag zur Durchführung der Tief- und Straßenbauarbeiten für die Sanierung des Goetheplatzes / der Goethestraße.

Die Vergabesumme beträgt:

Auftragssumme	460.124,89 €
+ Unvorhergesehenes ca. 6,5 %	<u>29.875,11 €</u>
Vergabesumme	<u>490.000,00 €</u>

Bei Kostenüberschreitung wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 50.000,00 € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und getrennt nach Baubeschluss und Vergabebeschluss.

Der Baubeschluss wird mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Vergabebaubeschluss wird mit 6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

BM **Manni** verweist auf die Vorlage Nr. 039/24.

Die **Leiterin** des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen erläutert den Sachverhalt

und geht auf die Vorlage ein.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** spricht sich gegen eine Kopfsteinpflasterung mit unebener Oberfläche aus.

Im Rahmen der Aussprache beantragt Stadtrat **Braumann** eine getrennte Abstimmung nach Bau- und Vergabebeschluss. Das Projekt sei nicht dringend notwendig und aus seiner Sicht momentan der falsche Zeitpunkt. Die Grünfläche im Inneren des Platzes sei bereits aufgewertet worden. Das Quartier sei aufgrund seiner Lage verkehrlich bereits beruhigt. Bei unausweichlichen Kanalsanierungen müsse erneut beraten werden, hierzu wünscht er Informationen zum Kanalzustand. Er fragt nach dem Zeithorizont für eine Fernwärmeverlegungen. Er fragt nach möglichen Regressansprüchen, soweit die Ausschreibungen aufgehoben werden. Er lobt die Arbeit der Verwaltung hinsichtlich der Verhandlungen mit den anderen Leitungsträgern. Synergien müssen genutzt werden. Dennoch werde es aufgrund der Haushaltslage Einschnitte geben. Für eine lebenswert Stadt müssen Schwerpunkte gesetzt werden. Er fragt, ob die Dachständer für die Stromversorgung entfernt werden müssen. Dies erzeuge bei den Eigentümern Zusatzkosten für die Verlegung im Haus. Die Bürgerschaft solle informiert werden.

Seine Fraktion sei weiterhin gegen die Maßnahme, sagt Stadtrat **Raasch**. Bereits dem Entwurfsbeschluss habe man nicht zugestimmt.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** habe dem Entwurfsbeschluss zugestimmt, sieht jedoch die aktuelle Haushaltslage problematisch. Er fragt, ob die Vergabe rückgängig gemacht werden könne, ohne regresspflichtig zu werden.

Man wolle zwar eine schöne Goethe-Straße, meint Stadträtin **Knecht**, jedoch werde angesichts der Haushaltssituation ihre Fraktion dennoch nicht zustimmen. Diese Maßnahme müsse deshalb geschoben werden.

Stadtrat **Müller** geht auf den Unterbau der Straße ein und fragt, ob die Sanierung in diesem Umfang notwendig sei. Er geht auf die Ausschreibungen ein und fragt, ob diese aufgeteilt werden können, da diese ebenso die Arbeiten der Stadtwerke umfassen.

Stadtrat **Klotz** kritisiert die Abfolge der Beschlüsse. Ein gemeinsamer Beschluss zu Bau und Vergabe sei nicht sinnvoll.

Die **Leiterin** des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen geht auf die offenen Fragen ein. Die Substanz der Straßen werde nicht besser, der Zustand verschlechtere sich stetig. Zur Frage nach der Regresspflicht merkt sie an, dass der Ausgleich des fehlenden Gewinns gerichtlich durchgesetzt werden könne. Bisher sei die Stadt ein zuverlässiger Vertragspartner gewesen. Die Preise im Angebot seien gut. Die SWLB müsse die Gas- und Wasserleitung sanieren. Die SWLB sei auf die Stadt zugekommen. Für die gemeinsamen Maßnahmen stehe man mit den Leitungsträgern im Austausch. Man versuche größtmögliche Synergien zu generieren und eine lebenswerte Stadt zu erhalten.

Die Sanierung des Belags werde mit den Leitungsarbeiten der Stadtwerke koordiniert, fügt BM **Mannl** hinzu. Die Planungen selbst werden von den Anwohnern begrüßt. Die Ausschreibung sei bereits erfolgt. Die Pflastersteine seien an die Umgebung angepasst und haben eine glatte Oberfläche. Er geht auf die Stromverlegung ein. Die Stromleitungen werden in den Boden verlegt. Es werde keine Fernwärme geben. Dies sei der Anwohnerschaft beim Ortstermin transparent dargestellt worden. Die Haushaltsmittel seien eingestellt. Die Liquidität für diese Maßnahme sei gegeben.

Nach dieser Aussprache lässt BM **Mannl** über die Vorlage 039/24 auf Wunsch des Gremiums getrennt nach Bau- und Vergabebeschluss abstimmen.

TOP 6

Sanierung Frankfurter Straße B27
- Entwurfs- und Baubeschluss

Vorl.Nr. 033/24

Beratungsverlauf:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt (vgl. TOP 1).

TOP 7

Sanierung Obere Gasse
- Bau- und Vergabebeschluss

Vorl.Nr. 027/24

Baubeschluss:

Die im Stadtteil Alt-Hoheneck gelegene Obere Gasse wird entsprechend dem Sanierungsvorschlag des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen erneuert.

Die Gesamtkosten in Höhe von 245.000,-- € werden genehmigt.

Vergabebeschluss:

Firma Wilhelm Hubele GmbH aus Ludwigsburg erhält auf der Grundlage ihres Angebotes vom 23.01.2024 den Auftrag für die Sanierung der Verkehrsflächen.

Die Vergabesumme beträgt 245.000,-- € inklusive Mehrwertsteuer und Unvorhergesehenes.

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000 € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

BM **Manni** verweist auf die Vorlage Nr. 027/24.

Die **Leiterin** des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen erläutert den Sachverhalt und geht auf die Vorlage ein.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Bauer** signalisiert seine Zustimmung.

Stadtrat **Klotz** wird ebenso zustimmen. Er informiert zu einem Schreiben einer Bürgerin hinsichtlich einer Quelle. Das Schreiben werde an die Verwaltung weitergeleitet.

Auch die Fraktion um Stadtrat **Raasch** werde der Vorlage zustimmen. Er geht ebenso auf das Schreiben der Bürgerin ein. Bei starkem Frost müsse der Brunnen am Friedhof abgestellt werden. Man müsse mit Trinkwasser haushalten und hier laufe Quellwasser in den Neckar, gibt er zu bedenken.

Stadträtin **Knecht** wird sich enthalten. Aufgrund der hohen Summe des Bauvorhabens verweist sie auf die aktuelle Haushaltslage.

Nach dieser Aussprache lässt BM **Manni** über die Vorlage 027/24 Beschluss fassen.

Im Anschluss schließt BM **Manni** den öffentlichen Teil der Sitzung.